

## **"Arbeit PLUS" mit einigem MINUS. Eine Initiative der EKD**

in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, Hamburg, 25.07.1999, S. 15

Im Mai diesen Jahres startete die Evangelische Kirche in Deutschland unter dem Motto "Zeichen Setzen - ARBEIT PLUS" ein neues Siegel für Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen und soziale Maßstäbe setzen eine bemerkenswerte Initiative. "Das Siegel ARBEIT PLUS sollen Firmen aus Handel, Handwerk, Industrie und Dienstleistung unterschiedlicher Größe erhalten, die sich in beispielhafter Weise arbeitsmarktpolitisch engagieren." So der Prospekt. Schirmherr ist der Ratsvorsitzende der EKD Präses Manfred Kock. Das Siegel ist als öffentliche Anerkennung konzipiert. Es will loben und keine Negativliste aufstellen. Zwanzig ausschließlich arbeitspolitische Indikatoren zur sachgerechten Bewertung der Unternehmen wurden vom Marburger Institut für Wirtschafts- und Sozialethik e.V. an der Philipps-Universität entwickelte. Zum Beispiel: Entwicklung der Beschäftigung im In- und Ausland; Einstellung bzw. Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen, Behinderten und Auszubildenden; Anteil der befristeten Vertragsbeziehungen; Umgang mit Leiharbeit und den sozialversicherungsfreien Beschäftigungsverhältnissen; Gesundheitsschutz, Fort- und Weiterbildung, Konsensmodelle und "runde Tische". Der Jury, die Präses Kock leitet, gehören u.a. Prominente, wie Frau Dr. Ursula Engelen-Kefer vom DGB und der Chef des Nürnberger Bundesarbeitsamtes Bernhard Jagoda an. In nur wenigen Wochen haben fast 300 Unternehmen Interesse angemeldet bzw. wurden vorgeschlagen, berichtet OKR Tilman Winkler aus dem Kirchenamt in Hannover. Im Vorwort des Prospekts zitiert Präses Kock ausdrücklich das gemeinsame Wort der beiden Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland: "...daß Solidarität und Gerechtigkeit als entscheidende Maßstäbe einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Wirtschafts- und Sozialpolitik allgemeine Geltung erhalten." Soweit viel PLUS. Die Kirche engagiert sich in der Arbeits- und Unternehmerwelt und ist scheinbar erfolgreich. Siegel ist allemal besser als Stempel. Wo ist nun das Minus? In keinem der die Initiative begleitenden Texte und bei keinem Indikator wird versucht, die Verbindung zwischen Arbeit und Umwelt zu berücksichtigen. Von den Verflechtungen der Arbeit, Beschäftigung und Produktion hier bei uns mit dem Süden der Erdkugel ganz zu schweigen. Eines der derzeitigen zentralen Themen, bei allen Schwierigkeiten um die Ökosteuer, ist das Verhältnis von Umwelt und Arbeit, von Ressourcenverbrauch der Naturgüter und der Beschäftigungsintensität und Effektivität von Arbeitsprozessen. Nichts läßt die Initiative von Überlegungen ahnen, die zu Bündnissen für Arbeit und Umwelt führen könnten, wie dies ebenfalls im Mai die eher voneinander entfernt operierende Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (BAU) und Greenpeace gemeinsam mit einem Gütesiegel "PLUS für Arbeit und Umwelt" versuchen. Sie wollen arbeitsintensive und klimaschutzfördernde Baumaßnahmen, die bevorzugt ökologisch unbedenkliche Baumaterialien verwenden, zusammenführen und öffentlich würdigen. Dieses Siegel kommt einer nachhaltigen Wirtschafts- und Sozialpolitik deutlich näher.

Die einseitige Ausrichtung auf beschäftigungspolitische Aspekte ist ärgerlich, haben doch die Kirchen mit dem erwähnten gemeinsamen Wort bereits eine gute Grundlage, Ökonomie, Ökologie und Soziales miteinander zu verbinden und aufeinander zu beziehen. Eines der innovativen Momente des gemeinsamen Wortes war die Aufnahme des Prinzips "Nachhaltigkeit" im umfassenden Sinn für die Bewertung ökonomischer und gesellschaftlicher Prozesse. In diesem Sinn ist Arbeit PLUS ein Rückschritt. Hinzu kommt, daß in den Kirchen der EKD durch Umweltbeauftragte diese Verbindung bereits thematisiert wurde und zum Beispiel im "Handbuch für kirchliches Bauen" seinen Niederschlag fand. Nachhaltig wird von der neuen Initiative verkürzt als dauerhaft oder beständig verwendet. Dauerhafte und beständige Arbeitsplätze sind wichtig, wertvoll und vor allem notwendig. Der Blick muß aber weiter gehen.

Auch in der Auseinandersetzung mit den Auswirkungen unserer Arbeits- und Produktionsprozesse auf die Menschen des Südens hat das Kirchenamt eine längere und qualifizierte Tradition. Der Kirchliche

Entwicklungsdienst (KED) führt seit mehreren Jahren einen intensiven Dialog mit den Verbänden und Managern der aluminiumverarbeitenden Industrie über die Folgen der Abbaumethoden von Bauxit im Amazonas-Becken im Nordosten von Brasilien durch. Neben sozialen Kriterien für die Menschen im Regenwaldgebiet spielt dabei auch die Reduktion bzw. die Ersetzung dieses sozial problematischen und energetisch sowie ökologisch heiklen Rohstoffes eine Rolle. Nicht eine Spur von diesem Know How findet sich in der Initiative wieder. Und sei es ein Hinweis auf zur Zeit nur schwer zu lösende Frage.

Es gibt einige Gründe, "Arbeit PLUS" nicht mit zu vielen Anforderungen überlasten zu wollen. Schnell kann aus einer guten Idee ein unhandliches Instrument werden. Trotzdem sollte um des weiterführenden Ansatzes der Nachhaltigkeit nicht auf zu einfache Lösungen zurückgegriffen werden. Hinzu kommt, daß inzwischen unbestritten ist, die dauerhaftesten, weil am ehesten nachhaltigen und zukunftsfähigen Arbeitsplätze sind jene, die ökologische Kriterien verstärkt einbeziehen. Lassen sie die internationale Arbeitsteilung nicht unberücksichtigt, dienen sie möglicherweise noch der Gerechtigkeit. Bedenklich ist, daß, wie der Projektleiter des Marburger Institutes Joachim Fezter sagte, "ökologische Kriterien nicht im Auftrag der Kirchen für die Erarbeitung der Indikatoren enthalten waren". "Eine Erweiterung wäre aber sehr sinnvoll." fügte er hinzu. Aus eigenen Stücken schlug das Institut allerdings diese Erweiterung den Vätern der Idee auch nicht vor. Wie die Initiatoren mitteilten, prüft die Katholische Kirche ihre Mitarbeit am Gütesiegel "Arbeit PLUS". Dies könnte neben anderen Anlässen ein Anstoß sein, die Zusammenstellung der Indikatoren zu überprüfen. Der Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt (KDA) täte gut daran, sich mit den kirchlichen Umweltberatern und dem Kirchlichen Entwicklungsdienst (KED) in Verbindung zu setzen. Die Jury könnte ihre Entscheidungen schon jetzt unter erweitertem Blickwinkel treffen. Zukunftsfähige Wirtschafts- und Sozialpolitik fördert man unzureichend, indem man den selbst formulierten Ansprüchen ausweicht.

Hans-Joachim Döring